

Das Problem hinter Russlands Ukraine-Position, das der Westen immer noch nicht verstanden hat

Der von den USA geführte Block muss sich mit der Tatsache abfinden, dass seine Strategie völlig gescheitert ist, und sich über die Friedensbedingungen klar werden.

12.10.2024 | Sergej Poletajew

Es wird erwartet, dass Joe Biden in den Wochen vor den Wahlen im November einige neue Entscheidungen zur Ukraine treffen wird. Der US-Präsident sollte am 12. Oktober an einem wichtigen Treffen der Unterstützer Kiews in Ramstein (Deutschland) teilnehmen, sagte aber ab, da er wegen des Hurrikans Milton zu Hause bleiben musste.

Welche Entscheidungen können wir erwarten, wenn das Treffen schließlich stattfindet? Höchstwahrscheinlich wird nichts besonders Wichtiges geschehen – hier ist der Grund dafür.

Eine einheitliche Haltung

Im Nebel der Propaganda kann es schwierig sein, die wahren Motive zu erkennen, und oft werden diese erst mit der Zeit deutlich.

Nach dem Beginn der russischen Militäroperation im Februar 2022 präsentierten die westlichen Medien ein einheitliches und überzeugendes Narrativ: Die gesamte sogenannte „freie Welt“ kam zusammen, um die Ukraine zu verteidigen, entschlossen, dem russischen Präsidenten Wladimir Putin einen strategischen Schlag zu versetzen und die von den USA geführte globale Ordnung wiederherzustellen. Diese Proklamationen entsprachen jedoch nicht den Schritten, die der Westen unternahm. Denn wenn es das Ziel ist, einen Gegner zu besiegen, sollte man dann nicht alles in seiner Macht Stehende tun, um dieses Ziel zu erreichen?

Wenn der Westen mit einem militärischen Triumph der Ukraine rechnete, hätte er Kiew so viel Militärhilfe wie möglich leisten müssen. Der erste Schritt wäre gewesen, den uneingeschränkten Zugang zu den westlichen Waffenarsenalen zu eröffnen; der zweite wäre gewesen, das Land in die NATO aufzunehmen und es zu einer wichtigen Hochburg an der Grenze zu Russland zu machen. Selbst wenn Putin alles getan hätte, um dies zu verhindern, würde ein solcher Schritt automatisch seine Niederlage bedeuten, da selbst ein Atomschlag die Situation nicht ändern und die Entscheidung des Westens nicht rückgängig machen könnte.

Historische Beispiele verdeutlichen diesen Punkt. So stellte der Westen Südvietnam nach dem Abzug seiner Truppen fast 3.000 Flugzeuge und Hubschrauber, 200 Schiffe, über 2.500 Kampfboote, mehr als 1.000 Panzer, bis zu 2.500 gezogene und selbstfahrende Artilleriegeschütze, rund 100.000 schwere Fahrzeuge und anderes Material zur Verfügung. Vergleichen Sie dies mit der Situation in der Ukraine, wo die Lieferung von einem Dutzend veralteter Kampfjets oder zwei Dutzend alter Panzer ein großes Ereignis darstellt.

Nehmen wir ein anderes Beispiel. Nach dem Zweiten Weltkrieg und während des Kalten Krieges war die Türkei eine strategische Schlüsselregion. Der damalige sowjetische Führer Joseph Stalin forderte die Neutralität des Landes und wollte sogar einen sowjetischen Marinestützpunkt im Gebiet der Meerengen von Bosporus und Dardanellen errichten. Die ehemaligen Verbündeten der UdSSR, die USA und das Vereinigte Königreich, konnten eine sowjetische Militäreinrichtung im Mittelmeer nicht zulassen, und so wurde die Türkei nur drei Jahre nach der Gründung des Bündnisses in die NATO aufgenommen, obwohl das Land nichts mit der nordatlantischen Region oder den „westlichen Demokratien“ zu tun hatte. Zu dieser Zeit war die Truman-Doktrin in Kraft, und die USA boten allen, die vom Kommunismus „bedroht“ waren, einen Sicherheitsschirm an.

Bidens Doktrin

Warum sind die Dinge jetzt anders? Der Grundsatz, der die Politik des Westens gegenüber der Ukraine seit 2014 bestimmt, besteht darin, Putin an der Verwirklichung seiner Ziele zu hindern, ohne sich auf einen direkten militärischen Konflikt mit Russland einzulassen.

Biden und seine Regierung haben immer wieder erklärt, dass ihre Priorität darin besteht, eine vollständige Konfrontation mit Russland zu vermeiden, doch diese Botschaft ist weitgehend in Vergessenheit geraten.

Wie verträgt sich dieser Grundsatz mit dem, was wir heute erleben – dem größten bewaffneten Konflikt in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg, in dem der Westen Russland mit Hilfe der ukrainischen Armee bekämpft? Sicher, er mag nicht das gleiche Ausmaß wie Vietnam haben, aber die militärische Hilfe für Kiew ist immer noch beträchtlich.

Die Antwort ist einfach: Die Entscheidungsträger im Westen – oft als Globalisten bezeichnet – haben nie wirklich daran geglaubt, dass die Ukraine Russland auf dem Schlachtfeld besiegen könnte (nun, sagen wir fast nie; es gab eine bemerkenswerte Ausnahme, auf die wir später eingehen werden).

Bidens Doktrin ging davon aus, dass der Westen seine Ziele durch Finanz- und Handelsstrategien erreichen könne. In der Erkenntnis, dass ein bewaffneter Konflikt drohte, arbeiteten die Globalisten jahrelang an der Entwicklung einer „wirtschaftlichen Atombombe“, die Russland in die Knie zwingen sollte.

Der Plan war ehrgeizig: Sie gingen davon aus, dass beispiellose „Sanktionen aus der Hölle“ Russlands Zugang zur Außenwelt im Wesentlichen blockieren, das Land in ein wirtschaftliches Chaos stürzen und schließlich die derzeitige Führungselite des Landes stürzen würden. Vielleicht würde dies nicht über Nacht geschehen; vielleicht würde es Jahre dauern, aber die Idee war, dass die russische Regierung schließlich den Forderungen eines unter den Sanktionen leidenden Volkes nachgeben und sich dann den westlichen Forderungen beugen würde, ohne einen einzigen Schuss abzugeben. Dies wäre nicht nur eine harte Lektion für Russland, sondern würde auch eine deutliche Botschaft an den Hauptfeind China senden.

Der militärische Widerstand der Ukraine wurde in dieser Gleichung nicht berücksichtigt; viele werden sich daran erinnern, dass das Pentagon ursprünglich davon ausging, dass Kiew innerhalb von drei Tagen fallen würde. Ironischerweise waren die USA der Meinung, dass die 30-Millionen-Einwohner-Nation, wenn sie sich unter russischer Kontrolle befände (deren Legitimität kein Land

der Welt offiziell anerkennen würde), zu einer unerträglichen Belastung für Putin werden und Russlands wirtschaftlichen Zusammenbruch nur beschleunigen würde.

In die Falle der eigenen Propaganda getappt

Moskau hat es nicht geschafft, seine Ziele durch eine schnelle und relativ unblutige Militäroperation zu erreichen, während der Westen schließlich feststellte, dass auch seine Sanktionen nicht die gewünschte Wirkung erzielten – oder vielleicht sogar nach hinten losgingen. Nachdem Marken wie Ikea, Starbucks und Disney Russland verlassen hatten, erhob sich das russische Volk nicht, um Putin zu stürzen; und auch die Beschlagnahmung der Yachten und Villen reicher Leute führte nicht zu einem Regimewechsel.

In Wirklichkeit haben die Globalisten den Einfluss des Westens auf die wirtschaftlichen Prozesse dramatisch überschätzt, nicht nur im so genannten Globalen Süden, sondern sogar in ihrem eigenen Hinterhof. Drei Jahre nach dem Konflikt können sie immer noch nicht verhindern, dass Güter mit doppeltem Verwendungszweck und militärische Güter nach Russland gelangen, ganz zu schweigen von Produkten des täglichen Bedarfs. Moskau hat seine Handelsströme unter Umgehung des Westens rasch umgelenkt, neue Partner gefunden, der Importsubstitution Priorität eingeräumt und trotz gewisser Herausforderungen ein spürbares und nachhaltiges Wachstum seiner Wirtschaft und seines Außenhandels erzielt. All dies lag außerhalb der Kontrolle des Westens.

Der ursprüngliche Plan ging also nicht auf, und das veranlasste den Westen, dringend eine neue Strategie zu entwickeln.

Zur gleichen Zeit nahm das russische Militär Kiew nicht ein und zog sich strategisch aus der Nordukraine zurück. Wladimir Zelensky überzeugte die NATO-Länder davon, dass dies das Ergebnis des militärischen Triumphs der ukrainischen Streitkräfte (AFU) war. Er argumentierte, dass die Ukraine, wenn der Westen ihr genügend Waffen zur Verfügung stellen würde, für einen längeren Zeitraum standhalten könnte. Damals, im Frühjahr 2022, war der Ausgang des Wirtschaftskriegs noch unklar, und da dem Westen keine besseren Ideen einfielen, einigte er sich auf folgenden Plan: Die ukrainische Armee sollte Russland im Kampf zermürben, und die westlichen Sanktionen sollten den Rest erledigen.

Die Ramstein-Treffen zur Ukraine wurden zu einer Plattform für wichtige Entscheidungen über Militärlieferungen; gleichzeitig bereisten westliche Diplomaten den Globalen Süden und drängten ihn, sich dem Wirtschaftskrieg gegen Russland anzuschließen.

Zu diesem Zeitpunkt war noch keine Rede davon, die Ukraine in die NATO aufzunehmen oder direkt in den Konflikt einzugreifen. Doch irgendwann begann der Westen, seiner eigenen Propaganda Glauben zu schenken: Er hielt die russische Armee für einen Papiertiger, der leichter zu zerschlagen sein könnte als die russische Wirtschaft. Zu diesem Zeitpunkt waren die westlichen Staats- und Regierungschefs davon überzeugt, dass sie Putin eher mit militärischen als mit wirtschaftlichen Mitteln zwingen könnten, sich ihrem Willen zu beugen.

Dieser Wandel vollzog sich im Herbst 2022, nach dem Angriff der Ukraine auf die Krim-Brücke und den Vorstößen in den Regionen Kherson und Charkow, dem Chaos der Teilmobilisierung in Russland und der daraus resultierenden Auswanderung einiger Dissidenten. Zu dieser Zeit schienen einige zu glauben, dass ein weiterer Vorstoß Putin zu Fall bringen könnte.

Auf dieser Welle des Optimismus reitend, genehmigten die Globalisten eine große ukrainische Gegenoffensive. Im Laufe des Winters 2022-2023 wurden Panzer-, Artillerie- und Raketeneinheiten gebildet und neue, hoch motivierte ukrainische Brigaden in Westeuropa ausgebildet. Sie sollten bis zum Asowschen Meer durchbrechen und Putin in die Knie zwingen. Für diese Gegenoffensive lieferte der Westen der Ukraine so viele Waffen, wie er konnte, ohne seine eigenen Interessen zu gefährden.

Ein Koffer ohne Griff

Jeder weiß, wie diese Geschichte endete. Die Operation Kiews scheiterte und wurde zu einem Wendepunkt in dem Konflikt. Nachdem Kiew seine militärischen Ziele bei weitem nicht erreicht hatte, verlor es das Vertrauen seiner Unterstützer, die erkannten, dass sie anfangs zu Recht davon ausgingen, dass die Ukraine diesen Konflikt niemals auf dem Schlachtfeld gewinnen könnte.

Es wurde aber auch klar, dass Bidens Doktrin unwirksam war. Russland konnte weder wirtschaftlich zerschlagen noch auf dem Schlachtfeld besiegt werden. Und was nun?

Seit dem Frühjahr 2022 haben wir immer wieder darauf hingewiesen, dass der Westen vor der Wahl steht: entweder ernsthafte Verhandlungen mit Russland zu führen oder in einen direkten militärischen Konflikt einzutreten. Doch niemand in der NATO war bisher bereit, die Verantwortung für eine solche Entscheidung zu übernehmen – weder der zunehmend handlungsunfähige Biden noch westeuropäische Politiker. Die ebenso unfähig sind, aber aus anderen Gründen.

Im Moment kann der Westen nur weiterhin Hilfe an die Ukraine schicken, während die Ukraine weiterhin versuchen kann, an der Front zu bleiben. Gleichzeitig versucht der Westen, „das Terrain“ für mögliche Verhandlungen mit Moskau zu sondieren, aber bisher ist dies kaum mehr als Wunschenken. Die NATO hat sich selbst davon überzeugt, dass der Kreml gerne bereit sein würde, den Konflikt ohne jegliche Verpflichtungen einzufrieren, solange eine solche Option auf dem Tisch liegt.

Was geschieht, wenn auch dieses dritte Spiel scheitert? Wird der Westen endlich aus seiner Lethargie erwachen und eine klare Entscheidung treffen, oder wird er weiterhin mit dem Strom schwimmen?

Es scheint, dass alle vorgesehenen Teilnehmer des Treffens in Ramstein über die Nachricht von der Absage des Treffens froh waren. Offensichtlich haben weder der scheidende US-Präsident noch die europäischen NATO-Mitglieder eine tragfähige Idee für die Ukraine. Das bedeutet, dass die Ukraine zumindest bis zu den US-Wahlen weiterhin Rückschläge erleiden wird, begleitet von der hohlen Rhetorik der Globalisten.